

## Neues Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz der CSU ablehnen!

22 Prozent der Menschen erkranken im Laufe des Lebens an Depressionen oder ähnlichen psychischen Erkrankungen und brauchen ambulante und/oder stationäre Therapie. Um einen Therapieerfolg zu erlangen, sollte die Therapie und Unterbringung auf freiwilliger Basis geschehen.

Durch den ersten Entwurf des geplanten Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz Bayern der CSU gelten in bayerischen Psychiatrien Gefängnis-ähnliche Zustände. Grundrechte werden den Patient\*innen entzogen und auch nach erfolgreicher Therapie werden persönliche Daten gesammelt und sind für Behörden wie die Polizei lange einsehbar. Dadurch werden Menschen mit einer Erkrankung wie „Gefährder\*innen“ behandelt. Therapie wird verhindert und Stigmatisierung verstärkt.

Auch wenn die CSU sich von der allgemeinen Unterbringungsdatei distanziert hat, bleibt unklar, wie weit die Daten weitergegeben werden und Expert\*innen warnen weiterhin von dem Gesetzesentwurf. Deswegen lehnen wir von der GRÜNEN JUGEND Bayern das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz Bayern der CSU eindeutig ab!

Wir fordern stattdessen eine vernünftige und angemessene Verbesserung der Psychiatrien und der Situation der Patient\*innen!

Weiterhin fordern wir wie im Papier „Mental Health Matters: It's time to talk!“ vom 25.November 2017 in Landshut beschlossen:

- Aufklärung über psychische Erkrankungen in Schulen
- Gut ausgebildete Schulpsycholog\*innen
- Bedarfsanalyse über das notwendige Verhältnis von Bewohner\*innen und Therapeut\*innen
- Staatliche Förderung von Kliniken und Therapeut\*innen auf dem Land
- Ausbau von Krisenstationen
- Ausbau von Adoleszenz- und Gerontopsychiatrischen Stationen

- Kostenlose Ausbildung für Psychotherapeut\*innen
- Masterabschlussgarantie für Bachelor-Absolvent\*innen

Beschlossen auf dem 42. Landesjugendkongress der GRÜNEN JUGEND Bayern am 13. Mai 2018  
in Würzburg.